

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Koalitionsspitzen haben sich auf eine Reform des Gesundheitswesens verständigt. Wir wollen ein gerechtes, soziales, stabiles und transparentes Gesundheitssystem. Um unser Gesundheitssystem beneidet uns die Welt. Das wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten. Allerdings steht unser System vor den Herausforderungen, die aus dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt folgen. Wir werden deshalb strukturelle Reformen im System durchführen, die zu mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie führen. Dazu gehören u. a. eine Honorarreform für den ambulanten Bereich, eine Ausweitung der Kostenersatzung, die Entwicklung einer Präventionsstrategie sowie der Ausbau der Gesundheits- und Versorgungsforschung. Es wird zu Einsparungen kommen und der Beitragssatz der Krankenkassen wird wieder auf die Höhe angehoben, wie er vor der Senkung zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise war. Darüber hinaus gibt es eine grundlegende Reform, in dem die unabdingbaren notwendigen Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden. Dabei gibt es einen Finanzausgleich aus Steuermitteln, der eine Überforderung des Einzelnen vermeidet.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine erholsame Sommerzeit!

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Religionsfreiheit weltweit schützen ...S.2
- Afghanistan: Übergabe in Verantwortung ...S.3
- Fraktionskonferenz zur Rohstoffsicherheit ...S.3
- Verabschiedung des Beschäftigungschancengesetzes ...S.4
- Zahl der Einbürgerungen rückläufig ...S.5
- Frühkindliche Bildung gewinnt an Bedeutung ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Religionsfreiheit weltweit schützen



In dieser Woche haben wir im Plenum über den Stand der Religionsfreiheit debattiert. Wie notwendig das ist, zeigen die Erkenntnisse verschiedener Forschungseinrichtungen, denen zufolge die Religionsfreiheit in 64 Ländern der Erde (70 Prozent der Weltbevölkerung) sehr stark eingeschränkt oder gar nicht existent ist. Besonders Christen sind dort, wo sie als Minderheit leben, von Einschränkungen und zum Teil von Verfolgung betroffen. Aus diesem Grund hat die christlich-liberale Koalition im Koalitionsvertrag vereinbart, sich weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage der christlichen Minderheiten zu legen.

Ingrid Fischbach: „Doch nicht nur durch Verfolgung, Gängelung und Unterdrückung ist die Religionsfreiheit bedroht. Zahlreiche muslimische Staaten stellen zentrale Aspekte in Frage: Insbesondere wird das Recht, seinen Glauben zu wechseln, für seinen Glauben öffentlich zu werben und das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen, durch diese Staaten negiert. Große Sorge bereitet auch der Versuch der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die „Diffamierung von Religion“ völkerrechtlich zu verbieten. Mit der Begründung, den Islam schützen zu wollen, soll die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wirbt mit Nachdruck weltweit für Religionsfreiheit. So hat noch vor kurzem eine Delegation unserer Fraktion gemeinsam mit Kirchenvertretern und Menschenrechtsexperten die Türkei besucht, um sich vor Ort über die Lage der christlichen Minderheiten zu informieren. Im neugegründeten Stephanuskreis treffen sich zudem Abgeordnete der Fraktion, um sich für Christen in Not einzusetzen.“

Afghanistan: Übergabe in Verantwortung



Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat in dieser Woche in einer Regierungserklärung die Ziele der Bundesregierung für die Kabuler Konferenz am 20. Juli 2010 vorgestellt. Sie ist das Nachfolgetreffen zur Londoner Afghanistan-Konferenz vom Anfang des Jahres, als ein ganzheitlicher Ansatz zur weiteren Entwicklung des Landes beschlossen wurde. Mehr zivile Hilfe sowie ein verstärkter Aufbau der afghanischen Sicherheitsorgane sollen den Weg zu mehr afghanischer Eigenverantwortung ebnen. Mit dieser Neuausrichtung wird eine Abzugsperspektive für die deutschen Soldatinnen und Soldaten geschaffen.

Ingrid Fischbach: „Die Kabuler Konferenz wird die Ergebnisse der Friedensjirga vom April 2010 und die Kernpunkte des afghanischen Reintegrationsprogramms aufnehmen. Zwischen der afghanischen Regierung, der ISAF und der internationalen Gemeinschaft soll ein verbindliches Konzept zur Vorbereitung der zur Übergabe anstehenden Provinzen abgestimmt werden. Ziel ist ein umfassendes, mit Fristen und überprüfbaren Zielen versehenes Arbeitsprogramm für die kommenden Monate.“

Fraktionskonferenz zur Rohstoffsicherheit

Am Mittwoch haben wir im Rahmen einer Fraktionskonferenz das Thema Rohstoffsicherheit mit führenden Experten intensiv diskutiert und ein entsprechendes Strategiepapier vorgestellt. Der Zugang zu Rohstoffen und deren verlässliche Verfügbarkeit sind für die deutsche Industrie mit ihren Produkten der Hoch- und Spitzentechnologie von existenzieller Bedeutung.

Ingrid Fischbach: „Der internationale Bergbau verzeichnet eine steigende Konzentration und damit sinkenden Wettbewerb. Gleichzeitig entstehen immer mehr Handelshindernisse. China hat sich in einer Reihe von Entwicklungsländern einen fast exklusiven Zugang zu bestimmten Rohstoffen gesichert



Wußten Sie schon,

... dass die 14. Bundesversammlung mit der Wahl des Bundespräsidenten 574 Minuten dauerte? Das sind 9 Stunden und 34 Minuten bei drei Wahlgängen. Länger hat das Gremium noch nie getagt, bis ein neuer Präsident feststand. Ebefalls drei Wahlgänge benötigten Gustav Heinemann (1969) und Roman Herzog (1994).

und im Inland viele wichtige Mineralien mit Quoten und Ausfuhrzöllen belegt. Dies verzerrt den Wettbewerb für deutsche Unternehmen, da chinesische Konkurrenten die entsprechenden Stoffe günstiger erwerben können. Rohstoffe gewinnen deshalb strategische Bedeutung in der Außen-, Wirtschafts-, aber auch in der Industriepolitik. Deutschland und die Europäische Union sind aufgefordert, sich jetzt auch des Themas „Sichere Versorgung mit Rohstoffen“ anzunehmen.“



Zu einem solchen Konzept einer sicheren Rohstoffversorgung auf nationaler und europäischer Ebene gehören auch die Frage des Recyclings von Rohstoffen und die Verbesserung der Ressourceneffizienz. Ferner benötigen wir Politikansätze, die nur in Kooperation mit anderen Partnern umzusetzen sind, so z.B. eine gezieltere Ausrichtung und engere Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit, die Unterstützung internationaler Initiativen mit dem Ziel, Einnahmen aus Rohstoffvorkommen in Entwicklungsländern transparenter zu machen, sowie Maßnahmen zur Stabilisierung und Förderung rohstoffreicher Entwicklungsländer, für die die Rohstoffe bisher häufig eher Fluch als wirtschaftlicher Segen waren.

Verabschiedung des Beschäftigungschancengesetzes

In zweiter und dritter Lesung stand das **Beschäftigungschancengesetz** zur Verabschiedung an. Es enthält verschiedene Regelungen, die in jeweils spezifischer Weise zur Sicherung oder zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen sollen. Die Erleichterungen der gesetzlichen Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld werden verlängert, um die Auswirkungen von Personalabbau in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Strukturwandels abzufedern und den Arbeitgebern Planungssicherheit zu geben.



Ingrid Fischbach: „Das Instrument Kurzarbeitergeld hat den deutschen Arbeitsmarkt stabilisiert und verhindert Arbeitslosigkeit in größerem Umfang. Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt dauern an. Manche Unternehmen erreicht die Krise erst in den nächsten Monaten und wird sie über das Jahr 2010 hinaus vor Herausforderungen stellen. Auch diese Betriebe müssen dabei unterstützt werden, ihre nicht ausgelasteten Belegschaften über die Krise hinweg zu halten und andernfalls notwendige Entlassungen zu vermeiden. Zudem werden die Regelungen zur Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen und des Transferkurzarbeitergeldes verbessert.“

Zahl der Einbürgerungen rückläufig

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland rund 96.000 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert worden. Das waren zwar 1.500 Einbürgerungen mehr als im Vorjahr (+1,7 Prozent), allerdings deutlich weniger als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2007 von jährlich rund 140.000 Fällen.

Ingrid Fischbach: „Seit Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 hat die Zahl der Einbürgerungen tendenziell abgenommen. Rund 70 Prozent aller Eingebürgerten erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage des Paragraphen 10 Absatz 1 Staatsangehörigkeitsgesetz. Rechtliche Voraussetzung für die Einbürgerung ist in diesen Fällen ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland sowie eine gültige Aufenthaltserlaubnis. Am zweithäufigsten waren mit gut 10.000 Fällen die Einbürgerungen von in Deutschland lebenden ausländischen Ehegatten und minder-



Spruch der Woche

„Das Internet wird von mir stark genutzt werden. Diese Welt junger Leute müssen wir aufnehmen.“

Christian Wulff
Neuer Bundespräsident
(CDU)

jährigen Kindern der oben genannten Personen, welche schon nach kürzeren Zeiten eingebürgert werden können. An dritter Stelle standen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern mit einem deutschen Ehe- oder Lebenspartner (gut 7.500 Fälle), an vierter Stelle Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern, die sich auf Dauer in Deutschland niedergelassen haben (knapp 5.600 Fälle). Die größte nationale Gruppe der Eingebürgerten stellten 2009 – wie schon in den Jahren zuvor – Menschen aus der Türkei mit gut 24.600 aller Einbürgerungen (25 Prozent). Danach folgten Einbürgerungen von Personen aus dem ehemaligen Serbien und Montenegro, aus dem Irak und Polen.“



Frühkindliche Bildung gewinnt an Bedeutung

In Deutschland nutzen immer mehr Kinder im Alter von ein und zwei Jahren die Angebote von Kitas und Tagespflege. Durchschnittlich jeder fünfte Einjährige besuchte im vergangenen Jahr eine frühkindliche Bildungseinrichtung oder wurde in Tagespflege betreut, von den Zweijährigen waren es fast 40 Prozent.

Ingrid Fischbach: „Deutliche Unterschiede bestehen dabei zwischen West und Ost. Während der Durchschnitt in den westlichen Bundesländern 12,4 Prozent bei den Einjährigen und 29,7 Prozent bei den Zweijährigen betrug, nutzten in den ostdeutschen Bundesländern 56,7 Prozent der Ein- und 77,8 Prozent der Zweijährigen die Angebote von Kitas oder Tagespflege.“



... das Allerletzte!

Die EU will, dass Menschen ab dem Jahr 2060 mit 70 Jahren in Rente gehen, da sich die Zahl der Rentner bis dahin verdoppeln wird und nur so sichere Renten möglich seien. Derzeit gehen die Bürger in Deutschland im Schnitt mit 61,7 Jahren in Rente, trotz des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 Jahren.